

Missbrauchsvorwürfe gegen CSD-Vereinsvorstand Ronald Zenker

Ronald Zenker, Landeskoordinator für queere Geflüchtete und Vorstandssprecher des Vereins Christopher Street Day Dresden, wird beschuldigt, von Schützlingen sexuelle Handlungen gefordert zu haben. Er weist die Anschuldigungen auf Schärfste zurück – und vermutet dahinter eine Intrige.



Ronald Zenker, Vorstandssprecher des Dresdner CSD-Vereins. Quelle: PR

Dresden. Ronald Zenker, Landeskoordinator für queere Geflüchtete und Vorstandssprecher des Vereins Christopher Street Day Dresden, wird beschuldigt, von Schützlingen sexuelle Handlungen gefordert zu haben. Medienberichten zufolge habe Zenker von einem asylsuchenden Paar, einem Schwulen und einem Transsexuellen, verlangt, mit ihm zu schlafen, sonst würde er ihm nicht mehr helfen. Das hatten die beiden vor einigen Monaten Dresdner Sozialamtsmitarbeitern berichtet. Zenker weist die Vorwürfe derweil als „komplett haltlos“ zurück.

„Ich weise die Vorwürfe und Anschuldigen auf das Schärfste zurück“, teilte Zenker in einer am Montagmittag abgegebenen Stellungnahme mit. „Ich habe weder sexuelle Handlungen zur Voraussetzung für die Unterstützung für Geflüchtete gemacht, noch habe ich eine Unterstützung aus diesen Gründen versagt.“ Er habe bereits vor etwa zwei Wochen bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen das Dresdner Sozialamt gestellt, sagte Zenker gegenüber den DNN.

Die Staatsanwaltschaft habe Zenkers Anwalt inzwischen bestätigt, dass kein Ermittlungsverfahren vorliege, so Zenker. Die Dresdner Polizei hat ein sogenanntes Prüfverfahren eingeleitet. Dabei soll „völlig ergebnisoffen“ geklärt werden, ob eine strafrechtliche Relevanz besteht, ob also überhaupt der Verdacht einer Straftat vorliegt, so ein Polizeisprecher. Zu der Frage, ob Anzeigen von Asylsuchenden gegen Zenker vorliegen, wollte sich der Sprecher nicht äußern.

Geflüchtete wohl nicht mehr in Deutschland

Die beiden Flüchtlinge, die Zenker beschuldigten, sind in Deutschland nicht mehr auffindbar. Laut dem Landeskordinator wollten die beiden eine gemeinsame geschützte Wohnung beziehen. Weil homo- und transsexuelle Asylsuchende in Massenunterkünften oft bedroht und angegriffen werden, [bringt sie die sächsische Landeskoordinationsstelle für queere Geflüchtete in Schutz-WGs unter](#). Das sei aber im Fall der beiden Männer nicht möglich gewesen, führte Zenker gegenüber DNN aus. Einer habe eine Asyl-Anerkennung in Griechenland gehabt, konnte also gar nicht in Deutschland bleiben. Der andere habe etliche Monate in Haft verbracht und wiederholt Menschen in Schutzwohnungen angegriffen. „Wir mussten mehrfach die Polizei holen“, sagte Zenker. Der Mann habe deshalb Hausverbot in den geschützten Wohnungen erhalten.

Warum die beiden die Anschuldigungen gegen ihren Betreuer erhoben, darüber könne er nur spekulieren, so Zenker. „Wir haben mittlerweile über 400 Menschen im Projekt unterstützt. Da kommt es natürlich in Einzelfällen zu Konflikten, die womöglich zu diesen unhaltbaren Vorwürfen führen.“

Vorwürfe gegen das Sozialamt

Zenker vermutet eine Intrige hinter den „gezielt gestreuten Anschuldigungen“. Für ihn steht fest: „Da wird was hochgekocht, das ist unwürdig.“ Er vermutet, dass „Versäumnisse im Sozialamt“ ein Grund für die Vorwürfe sind: „Es gab in den letzten Jahren Versäumnisse, die die Unterbringung der Geflüchteten betreffen. Diese Missstände haben wir regelmäßig angemahnt. Vielleicht hat sich hier jemand zu sehr auf die Füße getreten gefühlt.“

So seien beispielsweise Briefkästen an Unterkünften nicht richtig beschriftet, so dass Behördenpost nicht ankomme. Wenn sie dann nach Umwegen doch noch ihren Empfänger erreiche, seien mitunter bestimmte Fristen bereits verstrichen, erläuterte Zenker gegenüber DNN.

CSD-Vereinsvorstand vertraut Zenker

Die Vorstandsmitglieder des Vereins Christopher Street Day Dresden stellten sich am Montag in einer Stellungnahme hinter ihren Sprecher. Sie seien „von der Haltlosigkeit der Vorwürfe überzeugt“ und hätten „vollstes Vertrauen in die Aussagen und die Arbeit von Zenker“, heißt es von dessen Vorstandskollegen.

Unübliche Generalvollmachten?

Und noch ein weiterer Vorwurf steht im Raum – allerdings vollkommen unabhängig von den Missbrauchs-Anschuldigungen. Zenker und seine Kollegen hätten bei der Betreuung von Geflüchteten vollumfängliche Generalvollmachten genutzt. Solche Generalvollmachten seien in der Flüchtlingsarbeit nicht üblich. Mark Gärtner vom Projekt „Reto“ des Sächsischen Flüchtlingsrats bestätigt das: „Mit Vollmachten zu arbeiten ist üblich, aber die Vollmachten, die der CSD verwendet, sind nicht üblich.“ Die Vollmachten, die der Flüchtlingsrat nutzt, beschränkten sich auf juristische Fragen wie Asyl- oder Abschiebungsrecht. Generalvollmachten dagegen erlauben auch das

Öffnen der Post und das Übernehmen der kompletten
Behördenkommunikation und gelten auch über den Tod hinaus.

Zenker kontert: Solche Vollmachten seien bei besonders
Schutzbedürftigen wie homo- oder transsexuellen Flüchtlingen
sinnvoll. Die Asylsuchenden könnten aber frei entscheiden, ob sie eine
derartige Vollmacht erteilen wollen oder nicht, so Zenker. „Wir nutzen
diese Vollmachten seit Anfang 2016.“ Das sei mit dem Sozialamt
abgestimmt gewesen. „Die Landeshauptstadt weiß auch, dass das nicht
missbräuchlich genutzt wurde“, betont Zenker. Bisher sei eine solche
Generalvollmacht nur einmal bei einem medizinischen Notfall zum
Einsatz gekommen.

Von ttr

DRESDNER
NEUESTE NACHRICHTEN

[DeineAnzeigenwelt.de](#) | [DeineTierwelt.de](#) | [Fyndoo](#) | [Radio.de](#)